

Leute allen Unbilden der Witterung schutzlos ausgesetzt sind. Aber ich weise hin auf die gegen früher bedeutend verlängerte Dienstzeit. Nehmen Sie z. B. die langen Linien von Dresden bis Hof oder von Bodenbach bis Leipzig. Die Leute müssen 1 Stunde vor Abgang des Zugs antreten, wobei zu bemerken ist, daß, da sie infolge ihres geringen Lohnes selbstverständlich ziemlich weit entfernt wohnen müssen, sie schon eine ziemliche Zeit vorher munter sein müssen. Nun fahren sie von Dresden bis Hof und sodann mit dem nächsten Zuge wiederum zurück. Infolge dessen sind sie eine ganz kolossal lange Zeit im Dienste. Dazu kommt dann noch, daß die wenigen freien Tage, welche ihnen gegönnt sind, ihnen namentlich im Sommer sehr häufig gekürzt werden. Wenn Extrazüge eingelegt werden, so sind es insbesondere die Hilfsbeamten, beziehungsweise Arbeiter, welche zum Dienste herangezogen werden und nicht selten an ihrem freien Tage, nach dem sie sich so lange gesehnt und auf den sie sich so lange gefreut haben, Dienst leisten müssen, ohne daß sie dafür irgend eine Entschädigung erhalten.

Meine Herren! Es ist im Berichte, wie schon in einer Rede des Herrn Finanzministers vom vorigen Landtag erwähnt, daß ja diese Arbeiter Meilen-, beziehungsweise Kilometergelder bekämen und es findet sich im Berichte sogar die Redewendung, daß die Leute auf diese Weise einen durchschnittlichen „Nebenverdienst“ von 118 Mark erzielen. Die Petition der Chemnitzer Bremser, die Sie ja auch im Berichte angezeichnet finden, hat aber ganz mit Recht angeführt, daß die Fahrgelder keineswegs als Nebenverdienst gerechnet werden können. Die Kilometergelder, beziehungsweise die sogenannte „Auslösung“, welche ja schon an sich sehr gering bemessen sind — nämlich 17 Pf., 33 Pf. bis höchstens 50 Pf. den allerlängsten Linien —, werden zum allergrößten Theil schon unterwegs aufgebraucht, da die dienstthunenden Leute nothwendiger Weise auch irgendwelche Erfrischung zu sich nehmen müssen.

Der Lohn der Hilfsbremser beträgt 2 Mark und sie müssen in dieser Weise 8 bis 10 Jahre ungefähr Dienst thun. Meine Herren! In dem Etat sowohl, als auch im Berichte werden Sie wiederholt bei einzelnen Beamtenkategorien die Bemerkung finden, es sei nothwendig, Anstellungen zu machen und gewisse Gehälter zu erhöhen, weil für die betreffenden Kategorien nur „sehr wenig Aussicht auf Avancement“ vorhanden sei und weil man doch die Berufsfreudigkeit der betreffenden Beamten befördern müsse. Es scheint mir nun, daß man auch hier wiederum — bewußt oder unbewußt — mit zweierlei Maßen mißt gegenüber den höheren Beamten einerseits und gegenüber den Unterbeamten und Arbeitern andererseits. Es mag ja recht unangenehm sein für einen nicht hoch bezahlten und weniger selbständigen

Beamten, wenn er auf einem und demselben Posten Jahre und Jahrzehnte aushalten soll ohne Aussicht auf Avancement. Allein, wenn Sie sich in die Lage des Arbeiters denken, der in der dargestellten Weise Jahrzehnte lang bei geringem Lohne und strengem Dienst ausharren muß, so müssen Sie mir doch zugeben, daß gerade hier das Bedürfnis der Aussicht auf eine bessere Zukunft — und sei die Verbesserung noch so klein — ganz besonders lebhaft ist. Und deshalb ist auch, wie schon erwähnt, der hauptsächlichste Wunsch der Eisenbahnarbeiter, daß sie nach einer gewissen Dienstzeit angestellt werden und ihnen nicht die Möglichkeit einer Anstellung, wie gegenwärtig geschieht, nahezu verschlossen wird. Nicht als ob die Beamtenposten, zu denen sie gelangen können, besonders gut bezahlt würden; Sie können aus dem Etat ersehen, daß auch hier keine großen Sprünge gemacht werden können. Aber mindestens haben die Arbeiter, wenn sie in einen solchen kleinen Beamtenposten einrücken, doch eine gewisse Sicherheit der Existenz. Es kann ihnen nicht jeden Augenblick gekündigt werden, sondern sie haben Beamteneigenschaft und können nur entfernt werden, wenn sie sich eines groben Dienstvergehens schuldig machen. Dieser Vortheil wiegt viel auf.

Der Hauptgrund nun, weshalb die langgedienten Arbeiter nicht angestellt werden können, ist eben jenes übermäßige Ersparungssystem, das namentlich in der Richtung zu Tage tritt, daß — wie Sie aus dem jetzigen Etat, aus dem Etat von vor 2 Jahren und weiter zurück ersehen können — fortwährend die eigentlichen niederen Beamtenposten eingezogen werden, währenddem auf der andern Seite die Zahl der Arbeiter eher vermehrt wird.

Hierzu kommt aber noch ein Weiteres. Wenn einmal ausnahmsweise eine Beamtenstelle frei wird und nun einem langgedienten Arbeiter Gelegenheit wird, in diesen Posten einzurücken, so muß er erst eine Prüfung in Rechtschreibung und dergleichen durchmachen. Wenn nun der Mann — so wird mir berichtet — unorthographisch schreibt, so hat er die größte Aussicht, bei dieser Prüfung durchzufallen. Nun ist es ja gewiß mein und meiner Parteigenossen lebhafter Wunsch, daß möglichst große Bildung im Volke verbreitet sei. Allein meiner Meinung nach sucht man hier die Volksbildung ganz am unrechten Orte zu fördern. Wenn ein Beamter 10, 12, 15 Jahre lang seine Bremse oder Weiche bedient hat und dann als angestellter Beamter genau denselben Dienst, wie früher zu versehen hat, so ist es doch wahrhaftig kein Unglück, wenn der Mann einmal das weiche D und harte T oder das weiche B und harte P mit einander verwechselt.

Aber damit sind die Hindernisse der Anstellung noch nicht alle aufgezählt. Ich habe hier vor mir ein Exem-